

Aus dem Inhalt

VEM-Menschenrechtsaktion 2022 eröffnet - Präses Latzel warnt vor rassistischen Tendenzen in der Gesellschaft	3
Präses Latzel lobt kirchliche Impfkation in Nettetal	4
Westfälische Kirche empfiehlt 2G-Regel Weihnachtsgottesdienste	5
Trierer Kommission zur Missbrauchsaufarbeitung gibt Studie in Auftrag	8
Politiker warnen vor Extremisten bei Protest gegen Corona-Maßnahmen	10
Flaggen für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus	12
Wissenschaftliche Kommission: mehr Aufmerksamkeit für Grundschule	14
Neues Zentrum für Klimabildung soll in Bonn entstehen	14
Steinmeier mahnt Hilfe für notleidende Kinder an	15
Corona im Pflegeheim: Verband kritisiert Besuchseinschränkungen	19
Corona-Folgen: Bis zu einer Million Krebsfälle unentdeckt	22
Psychologin fordert mehr Hilfen für Kinder suchtkranker Eltern	23
Die Faszination ist geblieben - Ruhr Museum Essen präsentiert Sonderschau zu „Adel an Rhein und Ruhr“	26
„Rhein-Zeitung“ wird zu „Rhein-Impfen“	29
Impressum	30

Flüchtlingsbeauftragte: Kirchenasyl nicht länger kriminalisieren

Schwerte (epd). Die Flüchtlingsbeauftragte der Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland, Dietlind Jochims, fordert von der Politik, von dem Versuch einer Kriminalisierung des Kirchenasyls Abstand zu nehmen. Die Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung von SPD, Grünen und FDP lasse hoffen, dass Politik sich zu einer humaneren Haltung durchringe, sagte sie auf dem Asylpolitischen Forum 2021 der Evangelischen Akademie Villigst in Schwerte. Zudem kritisierte sie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) für eine „kalte“ Art in der Kommunikation über behördliche Schreiben.

Derzeit seien der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl 354 Fälle von Kirchenasyl mit 565 Personen bekannt, sagte sie. Die Menschen stammten aus Eritrea, Iran, Irak, Afghanistan und Syrien. Nordrhein-Westfalen, Bayern, Brandenburg, Hessen und die Nordkirche verzeichneten die meisten Fälle.

Im Hinblick auf die sogenannten Ankerzentren warf der Bonner Rechtsanwalt Jens Dieckmann der nordrhein-westfälischen Landesregierung vor, viele geltende Standards zu verletzen. Eine Unterbringung von Geflüchteten bis zu 24 Monaten widerspreche den Vorgaben eines geordneten Asylverfahrens und sei menschenunwürdig. In vielen Fällen sei nicht einmal einer anwaltlichen Beratung sichergestellt.

Demgegenüber führte die Vertreterin des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW, Carola Herberg, aus, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes deutlich kürzer sei. Zudem habe NRW bislang über 1.000 Afghanen aufgenommen, wobei es sich nicht nur um die sogenannten besonders schutzbedürftigen Ortskräfte handle.



Eine Bleibeperspektive für Menschen mit Duldungsstatus forderte die Geschäftsführerin des Flüchtlingsrates NRW, Birgit Naujocks. Nach wie vor fänden die meisten Abschiebungen in NRW statt. Anders als Holzberg bezeichnete Naujocks die Verweildauer in den Unterbringungseinrichtungen als zu lang. „Wir brauchen eine Kehrtwende in NRW“, fasste Naujocks ihre Kritik auf der online durchgeführte Tagung mit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zusammen.

Kirchen

Erzbistum Paderborn: Flüchtlingsfonds bleibt weiter nötig

Paderborn (epd). Das Erzbistum Paderborn hat eine positive Zwischenbilanz des im Jahr 2014 aufgelegten Flüchtlingsfonds gezogen. Seit Gründung seien 2.000 Anträge von Kirchengemeinden und Einrichtungen gestellt worden, erklärte das Erzbistum am Montag. Der Fonds werde auch weiterhin gebraucht. Mit den Mitteln des Fonds werde das ehrenamtliche Engagement für Menschen gefördert, die aus ihrer Heimat fliehen mussten. Der Flüchtlingsfonds ist den Angaben zufolge mit 6,7 Millionen Euro ausgestattet.

In den Jahren 2014 und 2015 habe die Erstversorgung der geflüchteten Menschen im Fokus der Förderanträge gestanden, beispielsweise die Versorgung mit Kleidung und Wohnungseinrichtungen, hieß es. Anschließend sei das Thema Integration in den Vordergrund gerückt. Gefördert würden nun Sprachkurse für geflüchtete Menschen, aber auch gemeinsame Unternehmungen von Kindern und Jugendlichen beispielsweise in Ferienlagern. Seit 2017 sei die Zahl der Anträge zwar geringer als in den Anfangsjahren, doch weiterhin konstant.

„Krieg, Verfolgung, politische oder religiöse Diskriminierung und auch existenzielle Not sind oft aktuelle Gründe, weshalb Menschen ihre Heimat verlassen und in fremden Ländern Schutz suchen“, erläuterte der Flüchtlingsbeauftragte des Erzbistums Paderborn, Josef Lüttig. Dass zahlreiche Ehrenamtliche in Gemeinden, Verbänden und weiteren Einrichtungen des Erzbistums Geflüchtete unterstützten, sei ein Akt gelebter Mitmenschlichkeit und Menschenfreundlichkeit.

Aus dem 2014 aufgelegten Flüchtlingsfonds können Kirchengemeinden und weitere Einrichtungen des Erzbistums, die ehrenamtliche Hilfe für Flüchtlinge leisten, Fördermittel beantragen. Die Fördergelder werden beispielsweise dazu verwendet, Sprachkurse für Flüchtlinge durchzuführen, Unterkünfte besser auszustatten oder Internetcafés einzurichten.